

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 66 846 pbbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen MdB
verurteilt den Klon-Versuch in
den USA: Menschen auf Be-
stellung darf es nicht geben.

Seite 1

Marion Caspers-Merk MdB
plädiert für eine Wende in der
Industriepolitik: Umsteuern le-
bensnotwendig.

Seite 3

Heinz Putzrath würdigt das
Leben von Rudi Leeb: Ein So-
zialdemokrat, der Verfolgung
und hohe Risiken auf sich
nahm.

Seite 5

Dokumentation
Der SPD-Vorsitzende Rudolf
Scharping hat den Teilneh-
mern der Demonstration der
IG Bau-Steine-Erden am Don-
nerstag in Bonn eine Solidari-
tätsadresse übermittelt: Wer
bei der Sozialhilfe kürzt, stürzt
Menschen in die Armut. Wort-
laut

Seite 6

48. Jahrgang / 207

28. Oktober 1993

Menschen auf Bestellung darf es nicht geben Deutschland sollte Vorreiter bei der Verteidigung der Menschenwürde werden

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung,
Technologie und Technikfolgenabschätzung

Die gelungene Herstellung identischer menschlicher Embryonen durch das Splitting befruchteter Eizellen in den ersten Stadien der Zellteilung in den USA ist ein Vorgang, den selbst renommierte Wissenschaftler noch vor wenigen Jahren für undenkbar hielten. Der Versuch wurde in einem Land durchgeführt, wo medizinischer Forschung mit befruchteten menschlichen Eizellen und Eingriffen an ihnen bislang keine Grenzen gesetzt sind. Wenn man bedenkt, daß dieser Klon-Versuch von der Ethikkommission der Universität geprüft und gebilligt worden ist, so kann man dem amerikanischen Mediziner-Ethiker John Fletcher für die USA nur zustimmen: "Die Politik der Embryonenforschung ist in totaler Unordnung."

Der Versuch des wissenschaftlichen Leiters, die Bedeutung dieses Experimentes herunterzuspielen, da man ja vom "echten Klonen" noch weit entfernt sei, ist unglaubwürdig. Bei Tieren ist es möglich, sowohl natürlich als auch im Reagenzglas gezeugte Embryonen nach den ersten Zellteilungen in einzelne totipotente Zellen aufzuteilen, aus denen jeweils ein Tier entstehen kann. Diese durch Teilung gewonnenen Zellen werden, nach einigen Zellteilungen im Reagenzglas, als jeweils eigenständige Embryonen in Muttertiere übertragen. "Prinzipiell scheint die Übertragung der Methode auf menschliche Embryonen möglich." (Bericht der Benda-Kommission "In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Gentherapie" 1985, Seite 34).

Diese Methode, durch Embryonensplitting identische Mehrlinge herzustellen, wurde in der Tierzucht entwickelt und ist auch kommerziell interessant. Wenn etwa Hochleistungskühe mit dem Samen von Hochleistungsrindern befruchtet werden, so können Embryonen von Hochleistungsnachkommen gleich in mehrfacher Kopie gewonnen und dann von mehreren Kühen als "Leihmüttern" ausgetragen werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verlegerischer Druck
mit verbindlicher Rückmeldung
K. - Verlag Bonn



Wir verfügen auch schon längst über Erfahrungen mit dem Einfrieren von tierischen und menschlichen befruchteten Eizellen, die Erfolgsquote ist allerdings bislang nicht berauschend. Erfolgversprechender scheint das Einfrieren von Eizellen, in die Samenzellen bereits eingedrungen sind, ohne daß der Befruchtungsvorgang abgeschlossen wäre.

Sollte mit entwicklungsfähigen befruchteten menschlichen Eizellen das Klonen in einer Testserie erprobt werden, so ist damit zu rechnen, daß der Transfer dieser in der Tierzucht erprobten Technik auf die Erzeugung menschlicher Klone in Monaten oder wenigen Jahren gelingt. Dafür müßte aber eine große Anzahl befruchteter menschlicher Eizellen "verbraucht" werden. Auf diesem Wege ist auch die an Tieren entwickelte Methode der Retortenbefruchtung auf den Menschen übertragen worden.

Die bislang angeführten Zielsetzungen eines Klonens von Menschen sind sinnlos, aber auch zutiefst inhuman. Sie enthüllen aber zugleich die Denkstruktur des Wissenschaftlers. Dies beunruhigt mich noch mehr als das Experiment selbst. Die Klonung befruchteter Eizellen soll Paaren bei der Retortenbefruchtung helfen. Sie könnte Paaren bei der Erfüllung ihres Kinderwunsches aber nur in der Weise helfen, daß sie den Wunsch nach einiigen Mehrlingen erfüllt. Welcher Mensch, welches Paar verspürt eigentlich den unbändigen, gezielten Wunsch, identische Zwillinge oder Mehrlinge zu bekommen? Eine Technik, die Zwillinge auf Bestellung liefern soll, ist so doch nichts als eine perverse Abart der Retortenbefruchtung, die Paaren bei ungewollter Kinderlosigkeit helfen kann, sich den Wunsch nach einem biologisch eigenen Kind mit technischer Hilfe zu erfüllen. Oder erwartet Robert Stillmann, daß die Retortenbefruchtung künftig generell dazu genutzt werden sollte, Menschen auf Bestellung herzustellen, und sei es, daß Eltern sich Hochleistungskinder gleich als Zwillinge bestellen?

Die Vorstellung, im Zusammenhang mit der Retortenbefruchtung Kopien des eingepflanzten menschlichen Embryos auf Vorrat als potentielle Organ- und Gewebebank einzufrieren, ist abenteuerlich und zutiefst inhuman. Dem so gezeugten und in einer Mutter heranwachsenden Kind stünden vor und nach der Geburt im Notfall Gewebe und Organe zur Verfügung, die von dem Organismus dieses Kindes nicht abgestoßen werden. Man brauchte dazu nur die identische Kopie auftauen, sie in eine Frau einpflanzen und heranwachsen lassen und dann vor (oder auch nach?) der Geburt dieses Kindes das benötigte Gewebe / das benötigte Organ entnehmen. Diese Vorstellung baut darauf auf, daß menschliches Leben nur oder vor allem zum Zweck einer Gewebe- oder Organversorgung erzeugt wird und damit kein eigenständiges Lebensrecht besitzt.

In Deutschland ist das Klonen von menschlichen Embryonen mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bedroht. Auch der Versuch ist strafbar. Der deutsche Gesetzgeber hat damit Vorsicht und Weitsicht bewiesen. Die Organisationen der Ärzte und Wissenschaftler haben dieses Verbot von Anfang an akzeptiert, auch wenn mancher Wissenschaftler noch vor kurzem darüber spottete, daß im Embryonenschutz-Gesetz etwas verboten werde, woran doch im Traume niemand denke. Eine gesamteuropäische oder gar weltweite Verständigung über ein rechtlich bindendes Verbot für das Klonen mit menschlichen befruchteten Eizellen ist nicht in Sicht. Ein erster Schritt wäre die schnelle Beendigung der Arbeiten an der Bioethik-Konvention im Europarat. Es bliebe aber auch dann den Mitgliedsstaaten freigestellt, sich einer solchen Konvention anzuschließen. Wir brauchen aber vor allem eine rasche und deutliche Einmischung deutscher Wissenschaftler und deutscher Wissenschaftsorganisationen in der jetzt anstehenden weltweiten Diskussion in der "scientific community", wie die Möglichkeit des Klonens zu bewerten ist.

Die Zurückhaltung und Ablehnung gegenüber einer Anwendung der Retortenbefruchtung ohne Grenzen, gegenüber der Embryonenforschung, gegenüber dem Klonen, aber auch gegenüber Eingriffen in die menschliche Keimbahn in Deutschland ist vor allem in angelsächsischen Ländern vielfach abgelehnt oder bespöttelt worden. Vielleicht haben wir noch eine Chance, daß wir mit unseren Bewertungen und rechtlichen Regelungen international nicht Außenseiter bleiben, sondern Vorreiter einer dem Schutz der Menschenwürde verpflichteten Politik auch in anderen Ländern sind.

(-/28. Oktober 1993/rs/ks)

Umsteuern ist lebensnotwendig
Ökologie und Ökonomie erzwingen eine Wende in der Industriepolitik

Von Marion Caspers-Merk MdB
Sprecherin der SPD-Fraktion in der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des Deutschen Bundestages

Abfallberge, Treibhauseffekt oder Ozonloch machen deutlich, daß Probleme mit dem Stoffumsatz nicht nur im Nanogramm-Bereich, wie etwa bei Dioxinen liegen, sondern auch bei den Megatonnen, etwa beim Erz- oder Ölverbrauch. Um ein einziges Auto zu produzieren, verbrauchen wir heute beispielsweise rund 25 Tonnen Rohstoffe, und mindestens dieselbe Menge kommt während der Lebensdauer des Fahrzeuges an Verbrauchsmaterialien - Benzin, Öl, Ersatzteile et cetera - hinzu. Oder die Produktion organischer Chemikalien, etwa als Ausgangsprodukt für die Kunststoffindustrie: In den letzten 50 Jahren ist sie um das 400fache gestiegen, und Nutzen und Risiken zum Beispiel der Chlorchemie sind erheblich umstritten.

Die Widerstände gegen eine innovative Industriepolitik sind aber erheblich. Die Vertreter des "Business as usual" halten uns vor, es laufe doch alles gut: Es wird nur produziert, was die VerbraucherInnen und Verbraucher verlangen, und die freien Kräfte des Marktes werden es schon richten. Daß sie es nicht von alleine schaffen, belegen konkrete Beispiele wie das DSD. Ohne ein Umsteuern wird man es nicht schaffen, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland zu erhalten.

Schritte zur ökologischen Stoffwirtschaft

Im Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" werden Grundlagen der Arbeit referiert, die Diskussion von Leitbildern einer ökologischen Stoffwirtschaft aufgenommen und erste Konturen eines Stoffstrommanagements angedeutet. Der Bewertung der ausgewählten Stoffe liegen Kriterien zugrunde, die noch nicht systematisch zugeordnet sind und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Dennoch weichen sie erheblich von der bisherigen Praxis der Einzelstoffbetrachtung ab.

1. Beispiel "Nachhaltige Entwicklung" (Sustainable Development):

Es könnte Einverständnis darüber erzielt werden, daß zukünftig die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen ihre Regenerationsrate nicht überschreiten darf, und daß Stoffeinträge in die Umwelt die Aufnahmefähigkeit der Natur nicht übersteigen dürfen.

Aus Sicht der SPD dürfen nicht umkehrbare Vorgänge wie (zum Beispiel Artenschwund) nicht länger als normale Auswirkungen unserer Produktions- und Lebensweise hingenommen werden.

2. Beispiel Stoffstromanalysen und Ökobilanzen:

Stoffstromanalysen, die auch die Beschreibung von Einsatzfeldern eines Stoffes in Form von branchenübergreifenden Verteilungs- und Verbrauchsmustern (use pattern) beinhalten, sind die erste Voraussetzung für ein Stoffstrommanagement. Analysen der Stoff- und Energieströme und des Lebensweges der Produkte von der Rohstofferschließung über die Produktion, die Verteilung, den Gebrauch und der Entsorgung müssen erstellt werden.

Aus Sicht der SPD sind Datenzugang und -transparenz unerlässlich, und klare Handlungsempfehlungen müssen am Ende dabei herauskommen. Deshalb fordert die SPD ein produktpolitisches Programm, mit dem eine kontinuierliche Produktbewertung und ein ausreichender Datenzugang sichergestellt werden. In einem ersten Schritt sollten Schwerpunkte für vorrangig zu untersuchende Produktgruppen gesetzt werden.

3. Beispiel Einzelstoffe:

An drei Einzelstoffen hat die Kommission den Versuch unternommen, aus praktischer Betrachtung grundsätzliche Anforderungen für eine zukünftige Stoffpolitik beispielhaft zu formulieren.

- Im Ersatzstoff R 134a sieht die SPD nur eine kurzfristige Übergangslösung. Aus Sicht der SPD ist eine offene Anwendung von R 134a zum Beispiel als Dämmgas in Isolierschäumen generell auszuschließen, ebenso wird der Einsatz im Bereich Haushaltskälte abgelehnt, in dem genügend Alternativen zur Verfügung stehen.
- Die erste nationale Stoffstromanalyse für Cadmium hat ergeben: Der anthropogene Eintrag des giftigen Schwermetalles Cadmium in die Umwelt muß vermindert werden. Dazu ist aus der Sicht der SPD zum Beispiel eine Pfandregelung für NC-Akkus erforderlich - hier greift die angekündigte Batterieverordnung des Umweltministers zu kurz.
- Die Belastung durch krebserregendes Benzol, insbesondere an Arbeitsplätzen und in Belüftungsräumen muß durch einen Instrumentenmix erheblich gesenkt werden. Es wird insbesondere empfohlen, die Gesamtleistung von Kraftfahrzeugen mit Ottomotoren, vor allem im Kurzstreckenbereich, drastisch zu verringern, den Kraftstoffverbrauch der Motoren zu vermindern und den Benzolgehalt im Ottokraftstoff auf unter 1 Vol% zu senken.

Um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, muß unser Pro-Kopf-Verbrauch von Rohstoffen und Energie gesenkt werden. Doch dies ist leichter gesagt als getan, denn unüberlegte Eingriffe in das komplizierte Wirtschaftsgefüge müssen vermieden werden. Die weichen in eine zukunftsfähige Entwicklung, ein "intelligentes Stoffstrommanagement" können nur richtig gestellt werden, wenn ökologische, wirtschaftliche und soziale Erfordernisse aufeinander abgestimmt werden. Dabei müssen alle mitwirken: Industrie, Handel, Wissenschaft, Politik, Verbraucherinnen und Verbraucher.

Mit dem Zwischenbericht hat die Kommission eine Etappe zu ihrem selbstgestellten Ziel, die gesellschaftliche Konsensbildung über Fragen der ökologischen Stoffwirtschaft anzuregen und Instrumente zur Umsetzung konkreter Maßnahmen zu finden, erfolgreich bewältigt. Sie hat nicht, was viele befürchtet haben, bestimmte Produkte oder Produktionsverfahren an den Pranger gestellt, ohne neue Vorschläge zu machen.

Rezession kein Argument gegen Umweltschutz

Diese konstruktive Linie wird die SPD weiter verfolgen. Sie wird aber auch den ewig Gestrigen entgegentreten, die immer noch fordern, daß in der Rezession kein Platz für Umweltschutz sei. Gerade in den Bereichen Chlorchemie und Stoffstrommanagement muß die Kommission es schaffen, Fronten aufzubrechen und einen deutlichen Schritt nach vorn zu tun.

Das, was heute in der Kommission gedacht wird, wird schon in wenigen Jahren unseren Alltag bestimmen. Der zukunftsfähige Lebensstil braucht Chic und Glanz. Anders zu leben, heißt, bewußter genießen, es heißt nicht, auf Genuß zu verzichten. Damit gewinnen wir eine Mehrheit für das Leben und für das Leben eine Zukunft.

(-/28. Oktober 1993/rs/ks)

Abschied von Rudi Leeb

Ein Sozialdemokrat, der Verfolgung und hohe Risiken auf sich nahm

Von Heinz Putzrath

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Er verkörperte ein Stück Geschichte der deutschen Sozialdemokratie: Rudi Leeb, der am 2. Oktober 1993 in Bonn gestorben ist. Am 29. Oktober wird seiner auf einer Trauerfeier gedacht. Jahrzehntlang waren wir Kollegen im Haus des Parteivorstands in Bonn, doch nur in seltenen Stunden erzählte Rudi von seinem Leben. Und wenn er es tat, erfuhren wir Wissenswertes und uns Bewegendes.

Rudi Leeb, geboren 1902 in Berlin, stammte aus einer Arbeiterfamilie mit sechs Kindern, besuchte die Volksschule und wurde mit vierzehn Jahren als Botenjunge beim Parteivorstand angestellt. In dem damals sehr kleinen Stab von Mitarbeitern bewährte er sich so gut, daß er von Friedrich Ebert, dem damaligen SPD-Vorsitzenden, zur Tätigkeit im Kassenwesen herangezogen wurde. Den bitteren Kriegsjahren und der turbulenten Nachkriegszeit folgte eine gewisse Normalisierung des politischen Lebens der Weimarer Republik. Doch das währte nicht lange, und beim Todeskampf der Republik gehörte Rudi Leeb zu der kleinen Gruppe "Z.B.V.", die unter anderem beauftragt war, eine bewaffnete Abwehr von Nazi-Angriffen auf das Parteivorstandsgebäude zu organisieren.

In den ersten Monaten der NS-Herrschaft leistete Rudi Leeb gemeinsam mit Alfred Nau der Partei einen besonderen Dienst: Ihnen gelang es die Konten der SPD vor der Beschlagnahme durch die neuen Machthaber weitgehend zu sichern. Bei dieser Aktion gingen sie ein hohes Risiko ein.

Alle Stationen des Exils hat Rudi Leeb mit dem Parteivorstand der SPD geteilt: Prag, Paris, Südfrankreich, und schließlich die gefährvolle Flucht über die Pyrenäen nach Portugal zusammen mit seiner Frau Hilde und seinem kleinen Sohn Lothar. Von dort gelang dann die Rettung nach USA. In New York erfuhr er zunächst die ganze Härte eines Lebens im Exil. Er schlug sich mit verschiedenen Tätigkeiten tapfer durch, bis er 1950 nach Deutschland zurückkehrte und wieder die Arbeit in seinem alten Ressort beim Parteivorstand aufnahm. Dem Ex-Berliner fiel es nicht leicht, sich wieder einzuleben, zu viel hatte sich in den siebzehn Jahren seiner Abwesenheit aus Deutschland verändert und zu viel hatte er durchgemacht.

Sein Sohn blieb in den USA, die Trennung von ihm, dann die Krankheit und der Tod von Rudis Frau Hilde waren neue Schicksalsschläge. Seine Ehe mit einer ehemaligen Mitarbeiterin im Bonner Parteivorstand trug viel dazu bei, daß er nach seiner Pensionierung noch gute Jahre erleben konnte, von der Einsamkeit im Alter bewahrt blieb und bei seiner Krankheit treu versorgt wurde. Dafür sind wir Herta Leeb dankbar.

(-/28. Oktober 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Wer bei der Sozialhilfe kürzt, stürzt Menschen in die Armut

Der SPD-Parteivorsitzende Rudolf Scharping hat den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Demonstration der IG Bau-Steine-Erden am Donnerstag in Bonn eine Solidaritätsadresse übermittelt. Der Wortlaut:

"Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu Eurer heutigen Kundgebung übermittele ich Euch meine solidarischen Grüße.

Die Bundesregierung plant, als Sparprogramm getarnt, den sozialen Abbau. Die Überschuldungskrise soll auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Arbeitslosen und Sozialhilfe-Empfängern ausgetragen werden.

Auf dem Bau will die Bundesregierung die betroffenen Kolleginnen und Kollegen in den Wintermonaten in die Arbeitslosigkeit schicken und ihr Jahreseinkommen kürzen. Wer das Schlechtwettergeld kürzt und dann völlig streicht, versetzt denjenigen, die oft genug unter harten Arbeitsbedingungen so Wichtiges für unser Land leisten, einen Fußtritt. Dabei brauchen wir gerade heute gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Baubereich. In Deutschland fehlen Millionen Wohnungen. Wer soll sie denn bauen, wenn nicht ihr, Kolleginnen und Kollegen?

Diese Kürzungen und Streichungspläne müssen vom Tisch!

Vom Tisch müssen auch die anderen Pläne dieser Bundesregierung. Wer bei den Leistungen für Arbeitslose, der Arbeitsförderung und der Sozialhilfe kürzt, stürzt Menschen in Armut und nimmt ihnen die Chance, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Diese Bundesregierung verschärft damit die Finanzprobleme der Gemeinden und hindert sie daran, sich nachhaltig um die Sorgen und Nöte der Menschen zu kümmern. Wie soll man denn der zunehmenden Gewalt unter Jugendlichen gegensteuern, wenn gerade die Kommunen nahezu sämtliche Mittel für die Jugendarbeit zusammenstreichen müssen?

Wirtschaftlich unsinnig sind diese Kürzungen obendrein, denn sie schaden der Kaufkraft und damit der Konjunktur.

Die SPD weiß sich einig mit allen Bürgerinnen und Bürgern, die diese soziale Demontage nicht hinnehmen wollen.

Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Euch viel Erfolg!

Die SPD steht an Eurer Seite!

Rudolf Scharping

(-/28. Oktober 1993/rs/ks)
